



# Mildbader Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung  
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad  
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.50 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr monatlich 1.66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Strotonto Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Krausbühl Wildbade. — Druckerei: Enztaldruckerei & Co., Wildbad; Wildbader Gewerbetreibende: Wildbade. — Verteilungsort: 20174 Stuttgart.  
Anzeigenpreise: Im Einzelteil bis einseitige 45 mm breite Zeilen 5 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 3 Pf.; im Viertel die 90 mm breite Zeilen 15 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 5 Uhr vormittags. — In Kontofällen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.  
Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 56, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

## Wo stehen wir in der Arbeitschlacht?

Von Oberregierungsrat Dr. Jaed. Vorsitzender des Arbeitsamts Stuttgart

Es gab in den letzten Monaten Augenblicke in der Arbeitschlacht, in der die ungeheure Wucht, mit der der Ansturm gegen die Arbeitslosigkeit vorwärts getrieben wurde, dem, der in vorderster Linie mitkämpft, beinahe den Atem raubte. Auch heute, gerade heute wieder, fesselt der Kampf jeden, der in seinem Teil sich mitverantwortlich weiß, aufs äußerste. Denn wie es in jeder Schlacht kritische Augenblicke gibt, die oft von entscheidender Bedeutung werden können, so stehen wir auch in der Arbeitschlacht an einem außerordentlich kritischen und entscheidenden Punkt. Vielleicht, daß sich dieser Punkt in Stuttgart schon besonders deutlich zeigt, weil der heftige Kampf hier besonders weit vorgeschritten ist und gerade die letzten Abschnitte die schwierigsten sind. Um so wichtiger, ja unbedingte vaterländische Pflicht ist, daß sofort und immer wieder mit aller Rückhaltlosigkeit auf die kritischen Stellen hingewiesen wird, selbst wenn dabei Dinge gesagt werden müssen, die dem Einzelnen, den es angeht, sehr unangenehm sind.

Die Lage wird im letzten Augenblick der Arbeitschlacht vor allem durch drei Charakteristika: durch den außerordentlichen Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft; die überaus günstige Beschäftigungslage in namhaften Zweigen der Industrie und des Handwerks; den Altersaufbau der jetzt noch vorhandenen Arbeitslosen.

Rechnerisch gesehen müßte eigentlich die Zahl in Württemberg ziemlich glatt aufgehen. Die Landwirtschaft benötigt dringendst etwa 15 000 bis 20 000 Arbeitskräfte — vorhanden waren in Württemberg Ende März 1934 noch 26 320 Unterstützungsempfänger.

Die Möglichkeiten für Notstandsarbeiten sind in Württemberg noch nicht erschöpft, Industrie und Handwerk haben in mehr oder weniger Umfang Arbeitskräfte; dringend benötigt werden in größerem Umfang Hausgehilfinnen; der freiwillige Arbeitsdienst könnte sofort eine große Anzahl Arbeitsdienstwilliger aufnehmen — kurz die Arbeitslosigkeit in Württemberg könnte bei richtiger Verteilung der Arbeitskräfte zum mindesten für den Augenblick reiflos beseitigt werden, ja, man könnte z. B. eine Reihe von Notstandsarbeiten und öffentlichen Aufträgen abtrennen und zurückstellen für die Zeiten, in denen unvermeidbare, konjunkturelle und saisonmäßig bedingte Rückschläge Aufgangarbeiten besonders erwünscht erscheinen lassen.

In Wirklichkeit stehen wir aber augenblicklich an einem äußerst kritischen Punkt. Gelingt es nicht, alle Kreise zur Selbstlosigkeit und dem Gemeinnutzen allein verantwortlichen Mitarbeit zu bringen, so wird das Bild folgendermaßen sein: die Landwirtschaft erhält die gewünschten Arbeitskräfte nicht, so daß sie entweder zu ausländischen Arbeitskräften greifen muß — diesbezügliche Anträge liegen schon vor —, oder die Ernte ist gefährdet; der freiwillige Arbeitsdienst erhält die benötigten Kräfte ebenfalls nicht, weil keine da sind; Hausgehilfinnen sind nicht zu bekommen; die meist verheirateten und älteren Arbeitslosen aber bekommen keine Arbeit und Industrie und Handwerk saugen überall die noch irgendwie aufrechenbaren jungen Kräfte, insbesondere auch aus der Landwirtschaft vollends an. Der weitere Fortgang der Arbeitschlacht käme dadurch ins Stocken und könnte nur noch mit Mitteln wie z. B. Hinausenden der verheirateten großstädtischen Arbeitslosen aufs Land weiter vorgetrieben werden. Kommen aus konjunkturellen und saisonmäßigen Gründen oder etwa aus anderen Schwierigkeiten Rückschläge, die zu Entlassungen führen, so werden entweder weitere ältere Arbeitskräfte in den Industriegebieten oder frisch Zugezogene entlassen und damit die Heere der Arbeitslosen in den Großstädten und Industriezentren wieder empfindlich vergrößert. Die Landwirtschaft hat aber nicht einmal die nötigen Arbeitskräfte.

**W e i s:** Am meisten begehrt sind zur Zeit von der Industrie die 14jährigen Mädchen. Es ist mir zuverlässig berichtet, daß es Firmen gibt, die Firmenangehörigen bis zu 20 RM Prämien bezahlen, wenn sie ihnen ein 14jähriges Mädchen oder jugendliche Hilfsarbeiterin verschaffen. Dabei ist es aus Hunderten von Gründen — nicht zum letzten aus Gründen der Heranbildung gesunder Mütter — dringendst erwünscht, daß die jungen Mädchen frühestens mit 16, noch besser überhaupt erst mit 18 Jahren in eine Fabrik gehen und die Zeit vorher zu hauswirtschaftlicher Schulung benützen.

Wenig ist es mit den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen bis zu 25 Jahren. Sie werden rücksichtslos aus dem Arbeitsdienst und der Landhilfe herausgeholt. Der augenblicklich hohe Barverdienst, bei dem das unvermeidbare Risiko der Zeiten der Arbeitslosigkeit von den Betroffenen nicht bedacht wird, weil der Staat ja dann die Unterstützung bezahlt, lockt vor allem auch die jüngeren Kräfte aus der Landwirtschaft an, so daß wir zur Zeit eine Landflucht haben, wie sie schlimmer kaum gewesen ist. Die billige und gleichzeitig ans Schaffen gewöhnte ländliche jugendliche Arbeitskraft ist hochbegehrt bei Industrie und Handwerk, der namhafte Barverdienst bei Industrie und Handwerk ist andererseits hochbegehrt bei der ländlichen Jugend. So ziehen beide sich mit äußerster Verbastigkeit an. Besonders schlimm ist dabei, daß unzählige Stellen, die sich für verpflichtet halten, diesen und jenen irgendwo unterzubringen, nicht über den Einzelfall hinausdenken, sondern blindlings für den einzelnen in diesem Falle sehr leicht einzustellende Türen

## Tagespiegel.

Vizekanzler von Papen hielt im Industriellen-Klub in Dortmund eine Rede über die innere Entwicklung in Deutschland.

Die deutsche Regierung hat eine Erklärung über die baltischen Staaten abgegeben, deren Unabhängigkeit nicht bedroht sei, weshalb das von Rußland vorgeschlagene Protokoll deutscherseits nicht unterzeichnet wurde.

Das spanische Kabinett Lerroux ist zurückgetreten, nachdem sich die Gegensätze zwischen Kabinett und Staatspräsident nicht überbrücken ließen.

Die englisch-italienischen Verhandlungen in London stehen vor dem Abschluß. Es wird eine britisch-italienische Plattform für die in Genf einzuschlagende Taktik gesucht.

Im Waltershausen-Prozess wurde der Angeklagte Liebig freigesprochen wegen Beweismangels, auch Frau Werther bleibt der Tat verdächtig.

einzuereuen versuchen, ohne zu bedenken, daß sie damit den anderen, insbesondere den verheirateten älteren arbeitslosen Volksgenossen vollends jede natürliche Möglichkeit rauben.

Die Stellen aber, die es mit der Gesamtheit der Arbeitslosen zu tun haben, müssen sich kramphast bekümmern, woher sie der Landwirtschaft noch Kräfte zuführen können und müssen am Ende zu so im Interesse der Volksgemeinschaft bedenklichen Mitteln greifen, wie Zerreißen der Familien und Hinausschicken der verheirateten Arbeitslosen aus der Stadt aufs Land, ohne daß eine Möglichkeit besteht, daß der verheiratete Arbeitslose sich in absehbarer Zeit mit seiner Familie auf dem Land festlegen kann.

Der junge Landhelfer dagegen kann sich aufs Land verheiraten oder dort im ländlichen Handwerk sich eine Existenz langsam aufbauen bzw. sich zum Siedler ausbilden. Seine Zurückführung aufs Land hat also unter allen Umständen ihren tiefsten Sinn. Daß aber Familienväter hinausgehen müssen, um da einzupringen, wo junge Burshen und Mädchen aus Augenblickserwägungen heraus ihre eigene natürliche Lebensgrundlage verraten, kann zu keinem guten Ende führen und niemals eine tiefe, innere Volkserbundenheit erzeugen.

Da ferner die außerordentliche Belegung der Wirtschaft bei aller Initiative im einzelnen aufs Ganze gesehen durchaus nicht das Verdienst der freien Wirtschaft, sondern in der Führung ausschließlich Verdienst der ungeheuren Tatkraft und Entschlossenheit der Reichsregierung ist, so wird man auch mit vollem Recht verlangen können, daß die Wirtschaft die Beschäftigung an Arbeitslosen für ältere Arbeitslose auf sich nimmt, ohne zu Preissteigerungen überzugehen, und daß sie auch den leisesten Schein vermeidet, daß neben den Kriegs- und Inflationsgewinnlern auch noch „Arbeitslosigkeitsgewinnler“ austauschen könnten.

Von der Arbeitschlacht aus gesehen muß folgendes geschehen:

1. Alle männlichen und weiblichen jugendlichen Arbeitskräfte bis zu 25 Jahren, soweit sie nicht als Spezialkräfte unentbehrlich sind, müssen, ganz gleichgültig, ob sie aus der Stadt oder vom Land kommen, der Landwirtschaft zugeführt werden. Die Grundlage unseres Daseins ist die Landwirtschaft. Ein Mangel an Arbeitskräften darf nie auf Kosten der Landwirtschaft gehen. Arbeiten in Industrie und Handwerk können, abgesehen von Reichsaufträgen und von der Ausfuhr, in weitgehendem Umfang gestrichelt werden, wenn auf allen Seiten der gute Wille vorhanden ist. Außerdem ist in der großen Zahl älterer Arbeitsloser noch eine weitgehende Reserve an Arbeitskräften für industrielle und handwerkliche Arbeit da. Die Forderung, alle dafür geeigneten männlichen und weiblichen jugendlichen Kräfte der Landwirtschaft sofort zur Verfügung zu stellen, ist deshalb durchaus nicht unbillig.

2. In die dadurch freiwerdenden Arbeitsplätze müssen außer den Jugendlichen, die schon durch Teilnahme an der Landhilfe oder am Freiwilligen Arbeitsdienst ein Jahr Dienst an der Gemeinschaft geleistet haben, die älteren und verheirateten Arbeitslosen aufgenommen werden. Gerade unter den über 40 Jahre alten Arbeitslosen — und sie machen bei einer Reihe von Berufsgruppen mehr als 50 Prozent aus — befinden sich noch wertvolle Arbeitskräfte. Da sie wissen, um was es geht, sind sie meist viel zuverlässiger und mit ihrer Arbeitsstätte verbundener, so daß die rein aus tariflichen Gründen entstandene ungünstige Einstellung gegen ältere Arbeitskräfte im Bild auf die Güte der Arbeitsleistung durchaus unberührt ist. Mag dies übrigens sein, wie es will, sicher ist, daß der letzte und so den vollen Erfolg

entscheidende Abschnitt der Arbeitschlacht der Kampf für die Eingliederung der älteren Arbeitslosen ist.

Wer mit seinem Verstand und mit dem Bewußtsein persönlicher Mitverantwortung für den Erfolg der Arbeitschlacht dabei ist — und welcher Volksgenosse hat nicht auch eine persönliche Mitverantwortung dafür! — muß deshalb jetzt seine ganze Mithilfe für die Unterbringung der älteren Arbeitslosen einsetzen.

3. In diesem Zusammenhang muß eine eindringliche Mahnung an die großstädtische Hausfrau gerichtet werden. Daß sie am liebsten Hausgehilfinnen vom Lande hat, ist verständlich. Es deutet darauf hin, daß das ländliche Leben in jeder Beziehung das gesündeste ist, und daß die aus der Verbundenheit mit der Scholle herauswachsenden seelischen Werte mit der damit verbundenen Arbeitsschulung wichtiger ist als die Beibringung noch so vieler hauswirtschaftlicher Einzelkenntnisse und Anerkennung eines noch so guten großstädtischen Schiffs. Aber so begreiflich das Suchen nach ländlichen Hausgehilfinnen also ist, — für den Augenblick unterstützt die Hausfrau damit das in seiner Wirkung geradezu selbstmörderische Herausziehen aller Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft. Und wer die großen Zusammenhänge sieht, der muß sich sagen, daß jetzt nicht der persönliche Wunsch der einzelnen Hausfrau, so verständlich er im Einzelfalle ist, entscheiden darf, sondern nur das Bedürfnis der Gesamtheit. Das damit für die Hausfrau verbundene Opfer kann um so mehr verlangt werden, als die Hausfrau nicht ohne jede Hilfe dazukommen braucht. Es gibt unter den unter 40 Jahre alten Frauen so viele zuverlässige, willige und auch arbeitsfähige, daß sich in Zeiten, in denen jeder so reiflos am Gelingen des Ganzen mitbeteilnen muß, die Hausfrau vorübergehend dieses Opfer wohl bringen und eine ältere, über 40 Jahre alte Hausgehilfin oder eine Lauffrau oder aber eine junge Anfängerin oder ein Lehrmädchen aus der Großstadt einstellen kann. Diese Mädchen stehen aber dann sofort zur Verfügung, wenn keine vor 16 Jahren in die Industriearbeit geht und wenn die Industrie keine Mädchen aus Haushaltsstellen, dem natürlichen Betätigungsfeld der späteren Hausfrau und Mutter, keine Mädchen, die für landwirtschaftliche Arbeiten geeignet sind, herausholt.

Die Arbeitschlacht kann und muß erfolgreich werden. Verzicht der Wirtschaft auf die blühende junge Arbeitskraft, Verzicht der jungen Arbeitskräfte auf augenblicklichen Barverdienst, dafür Dienst der Jugend an der Stelle, wo junge ledige Kräfte dringend benötigt werden (Landwirtschaft), Verzicht der großstädtischen Hausfrau auf ländliche Hausgehilfinnen, Verzicht der Eltern auf größeren Barverdienst ihrer Kinder im Gedanken daran, daß nur dadurch verheiratete ältere Arbeitslose wieder in Arbeit und Brot gebracht werden und die Gefahr wieder einschender Arbeitslosigkeit für die Eltern wie für die Kinder auf längere Sicht gebannt werden kann.

## Kampf gegen Preissteigerungen

Was wird geprüft — Zunächst in der Bauwirtschaft

Das Wirt. Wirtschaftsministerium hat durch Verordnung ein scharfes Vorgehen gegen Preiserhöhungen und Kartellstündungen angeordnet. In einzelnen heißt es in der amtlichen Ankündigung:

Bei der Nachprüfung des Erhebungsmaterials wird das Ministerium gemeinsam mit dem Beauftragten für Preisüberwachung sein Augenmerk namentlich auf folgende Punkte richten:

1. Feststellung der unmittelbaren und mittelbaren (verschleierte oder verdeckten) Preiserhöhungen und Vorgehen gegen ungerechtfertigte Preiserhöhungen;

2. Feststellung sonstiger kartellmäßiger Vereinbarungen und Zusammenschlüsse zur Marktregelung, deren Abreden entweder offenkundig auf eine Preiserhöhung oder künstliche Hochhaltung des Preises ausgehen oder tatsächlich zu einer ungerechtfertigten Preiserhöhung oder künstlichen Hochhaltung des Preises geführt haben und Vorgehen namentlich gegen diejenigen von ihnen, die — abgesehen von dem nach Ziffer 1 zu beanstandenden Ausmaß der Preiserhöhung —

a) unter Verletzung zwingender gesetzlicher Vorschriften errichtet worden sind oder bei deren Errichtung zur Herbeiführung des Zusammenchlusses auf die Beteiligten ein unzulässiger oder verwerflicher Druck oder Zwang ausgeübt worden ist, zum Beispiel: mangelnde Schriftform der Vereinbarung, mißbräuchliche Anwendung eines berufsständischen, innungsmäßigen oder parteipolitischen Drucks bei ihrer Errichtung; Anmaßung einer Vertretungsvollmacht zur Bindung der Angehörigen beteiligter Gewerdeguppen,

b) die nach den getroffenen Abreden auf eine gesamtwirtschaftlich bedenkliche oder unzulässige Einengung des Wettbewerbs ausgehen, z. B. nicht ortsansässige Gewerbetreibende oder Architekten ausschließen oder die Zusammenarbeit mit ihnen ablehnen, über andere Gewerbetreibende oder Bauherren willkürlich Sperren verhängen oder ihre Mitglieder zur Geheimhaltung von Abreden über die Verdingung von Bauleistungen oder Baukosten zur Erreichung einer preiserhöhenden Wirkung verpflichten,

c) die unter Verletzung einer gesetzlichen Vorschrift (Paragraf 100 a Gewerbeordnung) von Handwerkerinnungen oder unter Vertritt von Innungen errichtet worden sind, oder die die Einhaltung und Durchsetzung ihrer Abreden, insbesondere von Preis- oder Verdingungsabreden, unter den Ordnungsstrafbewehrungen von Innungen (Paragraf 92 c Gewerbeordnung) stellen;

d) die eine Schiedsabrede getroffen haben, die wegen Ausschusses der Anrufung des Kartellgerichts oder wegen der Art der Belegung des Schiedsgerichts zu beanstanden ist.

Unter diesen Gesichtspunkten werden insbesondere auch die in letzter Zeit an vielen Orten entstandenen sogenannten „Arbeitsgemeinschaften“ (auch „Baustützen“) geübt, in denen die

ortlichen Baugewerbetreibenden, Bauhandwerker und Architekten zur Regelung der Verbindung von Bauleistungen und der Preisstellung zusammengefasst sind, auf ihre gesetzliche und gesamt-wirtschaftliche Zulässigkeit geprüft werden.

3. Feststellung derjenigen Handwerkerinnungen, die einer gesetzlichen Vorschrift zumider sich mit der Regelung von Preisen oder der Preisstellung befreit oder ihre Mitglieder in der Ausübung von Aufträgen für Bauleistungen beschränkt haben oder die in unzulässiger Weise die Einhaltung bestimmter Preise oder einer bestimmten Wettbewerbsregelung unter den Schutz ihrer Ordnungsstrafgewalt stellen.

Als Maßnahme gegenüber den so beanstandeten Vereinbarungen, Zusammenfassungen, Preisfestsetzungen oder Erhöhungen kommen namentlich folgende in Betracht: Preisherabsetzung, Aufhebung von Preisvereinbarungen und -beschlüssen, Aufhebung sonstiger beanstandeter Beschlüsse, in besonderen Fällen Anhebung der gesamten tarifmäßigen Vereinbarungen. Bei Innungen daneben Vorgehen im Aufsichtsweg gegen gesetzlich unzulässige oder sonst zu beanstandende Maßnahmen zur Preisregelung, Preisbindung oder Angebotsregelung; dabei werden in erster Linie die Innungsorgane oder Obermeister zur Verantwortung gezogen werden (Paragraf 96 Gewerbeordnung); in besonders schwerwiegenden Fällen gesetzlicher, das Gemeinwohl gefährdender Handlungen müsste unter Umständen der Weg der Innungsausschließung (Paragraf 97 Gewerbeordnung) beschritten werden. Die Innungsausschließungsbehörden sind vom Wirtschaftsministerium mit entsprechender Weisung versehen worden.

Auch im übrigen wird sich das behördliche Vorgehen mit besonderer Strenge gegen die Verbandsleiter und vor allem gegen die Verbandsgeschäftsführer, ferner gegen die Gewerbetreibenden und sonstigen Personen richten, die für die zu beanstandeten Vereinbarungen und Regelungen verantwortlich zu machen sind. Gegen gewissenlose Wirtschaftshandlungen, zu denen auch diejenigen zu rechnen sind, die durch unverantwortliches Schleudern oder Drücken der Preise die beanstandeten Selbsthilfemaßnahmen heraufbeschworen haben, werden die Behörden von der gesetzlichen Befugnis zur Unterjagung des Gewerbebetriebs unannäherlich Gebrauch machen. Auch behält sich das Wirtschaftsministerium vor, derartige Personen durch Bekanntgabe ihrer Namen öffentlich zu brandmarken und in besonders schweren Fällen ihre Inhaftnahme zu veranlassen. Darüber hinaus wird nachdrücklich darauf hingewirkt werden, dass solche Wirtschaftshandlungen bei der Vergebung öffentlicher Aufträge nicht mehr berücksichtigt werden.

Die beteiligten Wirtschaftskreise werden hiermit legt mals ermahnt, die von ihnen beschlossenen oder durchgeführten Preis- und Marktregelungen selbst nochmals auf ihre Zulässigkeit und Vertretbarkeit unter den obengenannten Gesichtspunkten zu prüfen und zur Vermeidung eines behördlichen Einschreitens mit dem Gesetz und den Grundgesetzen einer gesamtwirtschaftlich einwandfreien Wirtschaftsführung in Einklang zu bringen und insbesondere ungerechtfertigte Preis erhöhungen von sich aus rückgängig zu machen oder auf das richtige Maß zurückzuführen. Tragen sie dieser Mahnung nicht sofortige Rechnung, so haben sie sich die Folgen ihres gemeinschaftlichen Verhaltens selbst zuzuschreiben.

An alle Volksgenossen ergeht die Aufforderung, die Regierung in dem Kampf gegen Preissteigerungen mit aller Kraft zu unterstützen, namentlich dadurch, dass sie ihre Beobachtungen über allfällige Preissteigerungen dem Beauftragten für Preisüberwachung in Württemberg oder dem Wirtschaftsministerium mitteilen und zwar so, dass eine Weiterverfolgung ohne zeitraubende Klärfragen möglich ist (genaue Bezeichnung der Ware oder Verleiher, für die die Preissteigerung gefordert wurde, Vorlage einwandfreier und vergleichbarer Unterlagen, aus denen der frühere und der jetzige Preis sich ergibt, genaue Anschrift der beteiligten Firmen oder Verbände). Gegenüber preissteigernden Ringbildungen können sich die Bauherren und sonstigen Auftraggeber selbst unter Umständen durch Heranziehung von Konkurrenzangeboten der diesen Ringen fernstehenden Unternehmer schütten; auch empfiehlt es sich, dass sie bei der Ausschreibung von Aufträgen den Bietern ausdrücklich die Verpflichtung auferlegen, ihnen von der Zugehörigkeit zu einem Ring oder sonstigen Verbindungsabrede Kenntnis zu geben. Begegnen sie dabei örtlichen Widerständen, so wird ihnen die sofortige Mitteilung des Sachverhalts an das Oberamt oder den Beauftragten für Preisüberwachung nahegelegt.

## Waltershaufener Mordprozess

Schweinfurt, 25. April. Der Verteidiger Dr. Deeg schloß seine Ausführungen mit folgender Feststellung: An eine Verurteilung des Angeklagten Liebig sei nicht zu denken, da Hauptmann

Werther mit seinem eigenen Revolver erschossen worden ist, da dieser Revolver im Schlafzimmer der Ehegatten gelegen hat, da diese Schlafzimmer sowohl vor als auch nach der Tat festgestelltermaßen von innen versperrt und verriegelt waren, da die nicht lebensgefährlichen peripherischen Schüsse der Frau Werther im Gegensatz zu ihren Aussagen festgestelltermaßen auf zwei bis höchstens 20 Zentimeter Entfernung mit größter Wahrscheinlichkeit von ihr selbst beigebracht worden sind. Ferner habe Frau Werther in der Tatnacht mit Blutschrift auf Papier Karl Liebig als Mörder ihres Mannes bezeichnet. Am anderen Morgen aber habe sie noch Zweifel geäußert, da sie gesagt habe: „War's der Karl oder Dietrich, es waren ja immer zwei Kerle drüben?“ Die Handschrift der Frau Werther habe nichts anderes zu bedeuten als eine wohlbedachte Falschbezeichnung, um den Verdacht von sich selbst oder anderen abzuwehren. Hier seien andere Geister als der Angeklagte Liebig am Werk gewesen, Frau Werthers Verleumdung sei auf Grund des auf ihr lastenden Verdachts der Erziehung ihres Mannes zu Recht abgelehnt worden. Weiter müsse man vom Standpunkt des exakten Strafrechts, das sich nicht mit dem gesunden Menschenverstand allein als Wertesmaterial begnügen könne, sagen: Die Rätsel von Waltershausen sind ungeklärt.

### Freispruch im Waltershaufener Mordprozess

Schweinfurt, 25. April. Nach dreiwöchiger Verhandlungsdauer sprach das Schwurgericht Schweinfurt am Mittwoch vormittag den Angeklagten Karl Liebig von der Anklage eines Verbrechens des Mordes und eines versuchten Verbrechens des Mordes frei.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß die sich während der Beweisaufnahme ergebenden Verdachtsmomente nicht zu einer Verurteilung ausreichen und daß außerdem nach wie vor auf Frau Werther der Verdacht der Täterschaft lastet. Die Schlüssigkeit des Gutachtens von Dr. Hesse-Stuttgart soll nicht bestritten werden, aber für sich allein kann dieses Gutachten eine Verurteilung nicht tragen. Zugunsten des Angeklagten kommt in Betracht, daß ein Beweggrund, aus dem er die Tat verübt haben könnte, nicht erkennbar geworden ist. Für die Annahme der Anklagebehörde, daß der Täter sich in diebstahlähnlicher Weise in die Räume eingeschlichen hat, kann kein Anhaltspunkt festgestellt werden. Am Körper und an den Kleidern des Angeklagten wurden Blutspuren nach der Tat nicht nachgewiesen. Uebrigens ist ungeklärt geblieben, wie der Angeklagte die Mordräume hätte betreten und wieder verlassen können. Bei dieser Sachlage kam es zur Freisprechung des Angeklagten von der ihm zur Last gelegten Anklage und zwar mit gleichzeitiger Kostenfolge nach Paragraf 67 Ziffer 1 Strafgesetzbuch. Damit erledigt sich auch der Antrag eines Haftbefehls gegen ihn.



Reichsminister Rudolf Heß, der Stellvertreter des Führers, begeht am 26. April seinen 40. Geburtstag.

## Rücktritt des spanischen Kabinetts

Madrid, 25. April. Das Kabinett Lerroux hat gegen Mittag dem Staatspräsidenten seinen Gesamtrücktritt erklärt, der von diesem auch angenommen worden ist. Die Gründe hierfür sind in den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kabinett und dem Präsidenten über das Annektionsgesetz zu suchen.

Damit ist das spanische Kabinett an den Schwermierigkeiten gescheitert, die sich aus seiner uneinheitlichen Zusammensetzung, aus dem Nachgeben gegenüber den verschiedensten Strömungen ergaben. Bekanntlich waren in der vorigen Woche als Protest gegen eine große Kundgebung der katholischen Volksaktion neue Unruhen und Streiks ausgebrochen. Die Regierung stand mit ihrem Herzen auf Seiten der Linkskatholiken, sie mußte aber mit der Rechten, den Monarchisten und Klerikalen rechnen, wenn sie sich nicht den Sonderfällen ausliefern wollte. Die Frage der Nachfolge ist noch völlig ungeklärt.

## Das Warschauer Ergebnis

in französischem Sicht

Paris, 24. April. Der Warschauer Sonderberichterstatter der halbamtlichen Agentur Havas bezeichnet die Ergebnisse der Reise Barthous als sehr glücklich. Der gegenseitige Meinungs-austausch habe die Lage vollkommen geklärt. Man könne in erster Linie feststellen, daß der französisch-polnische Bündnisvertrag die Grundlage der zukünftigen Beziehungen bleibe. In der Abrüstungsfrage habe der französische Außenminister seinen polnischen Kollegen genau über die Haltung der französischen Regierung aufgeklärt. Es wäre aber voreilig gewesen, vor dem Zusammentritt der Abrüstungskonferenz die beiderseitige Haltung fest zu umgrenzen. Immerhin scheint es, als ob die Anschauungen der beiden Länder nicht im Gegensatz zueinander stünden. Vom allgemeinen politischen Standpunkt aus wünsche Polen, eine Politik der guten Nachbarschaft mit seinen östlichen und westlichen Nachbarn zu treiben. Der einzige dunkle Punkt sei die polnisch-sowjetische Spannung, die sich aber nach Ansicht zuständigen polnischer Persönlichkeiten nicht auf die allgemeine Politik der beiden Länder auswirken dürfte.

Am treffendsten scheint „Deux“ die Lage zu schildern: Materieell gesprochen, ist gegenwärtig das Bündnis mit Polen noch gerechtfertigter als 1921. Mehr denn je ist dies Land in Osteuropa für die Erhaltung des Friedens notwendig. Das Hauptergebnis der Reise Barthous dürfte sein, die wirkliche Stärke dieses Landes festgestellt und vor allem die Erkenntnis gewonnen zu haben, wie notwendig es ist, die Atmosphäre des Wohlwollens und des Vertrauens zwischen beiden Ländern zu über-wachen. Auf jeden Fall haben wir dann die Gewissheit gewonnen, daß der deutsch-polnische Pakt niemals als mögliche Grundlage der Politik von Vissulski angesehen werden ist. Doch machen wir uns keine Illusionen: Die Politik Polens in Osteuropa wird uns sicher noch manche Enttäuschung und auch Kopfzerbrechen bereiten.

Ueber die Unterredung des französischen Außenministers Barthou mit dem polnischen Außenminister Beck in Warschau will der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ melden können, Barthou habe erneut die Versicherung erhalten, daß die polnische Regierung das Bündnis mit Frankreich durchaus aufrecht zu erhalten wünsche. Beck habe außerdem formell bestätigt, daß der deutsch-polnische Pakt sich auf einen Vertrag zur Herbeiführung gutnachbarlicher Beziehungen beschränke und keine sonstigen Verpflichtungen enthalte. Zur russischen Frage habe Beck dargelegt, daß die Verhandlungen über die Verlängerung des Nichtangriffspaktes im Gange seien und einen günstigen Verlauf nähmen.

## Der Führer in Nürnberg

bei der Beerdigung eines alten Parteimitglieds

Nürnberg, 25. April. Der Führer nahm am Mittwoch an der Beerdigung eines der ältesten und treuesten Mitglieder der NSDAP, des Schneidemeisters Heinrich in Nürnberg, teil. Josef Heinrich, der im 88. Lebensjahr am Sonntag farb, gehörte, wie die NSDAP berichtet, zu den ersten Nürnberger Nationalsozialisten. Bereits in der allerersten Kampfszeit bekannte er sich offen zur nationalsozialistischen Bewegung. Als kleiner Geschäftsmann — er hatte nach schweren Lehrjahren in Nürnberg ein Herrenkonfektionsgeschäft gegründet und aufgebaut — hat er den Mut besessen, trotz schwerer Anfeindungen als einer der ersten Mitstreiter des Nürnberger Gauleiters Julius Streicher

## Hallo, Suse, die Konkurrenz

Ein tröchtlicher Roman vom deutschen Rhein von H. P. Stolp

Der Hanomag hielt an. Ein dicker Herr sah dirnen. Er schien förmlich über die Wagenränder hinauszugucken, und Robert hatte im Augenblick die unsinnige Vorstellung, daß man diesen dicken Herrn mit Gewalt in den kleinen Wagen hineingewürgt habe.

Der dicke Herr schlug, als er des alten Bidders ansichtig wurde, erfreut die Hände über dem Kopf zusammen und beide begrüßten sich mit großem Wortschwall.

Robert stieg aus dem Wagen und kam näher. „Darf ich dir Herrn Willibald Norbert vorstellen?“ sagte der alte Bidder verschmüht lachend. „Er ist der Inhaber der Norbertschen Weinhandlung am Markt zu Wenstetten!“

Suse fuhr triumphierend in Wenstetten ein. Sie gelangte zum Markt und hielt vor der Norbertschen Weinhandlung.

Sternpichel dankte allen ihm bekannten Heiligen, daß die Fahrt, wenn sie auch noch nicht zu Ende war, doch wenigstens erst mal eine Unterbrechung erfahren hatte.

Suse sprang aus dem Wagen. Sie klinkte an der Tür zu der Weinhandlung. Sie war noch geschlossen.

„Um 8 Uhr wird Herr Norbert erscheinen. Er wohnt nicht hier, sondern westlich von Wenstetten in einer Billenkolonie“, sagte Sternpichel. „Aber wir gehen nicht von dem Laden fort. Es ist ein ungeschriebenes Gesetz aller Handelsreisenden, daß sie keine Firma zu gleicher Zeit besuchen, wenn bereits ein Branchenkollege sich dort befindet.“

„Also, warten wir!“ sagte Suse. Sie setzte sich wieder in den Wagen, während sich Sternpichel vor der Tür der Weinhandlung aufpfangte.

Willibald Norbert entpuppte sich, wie ihn bereits der alte Bidder geschildert hatte, als ein quicklebender, fideler Herr.

Er hatte Robert jovial auf die Schultern geschlagen, und da es noch Zeit war bis zur Geschäftseröffnung hatte Norbert vorgeschlagen, nach dem „Blechritter“, einem Weinstock, das am Eingang von Wenstetten lag, zu gehen.

Die beiden Wagen waren losgefahren und nun sah man vergnügt bei einer Flasche Rosel und unterhielt sich über das Geschäft.

Bei der zweiten Flasche erzählte Robert ein paar zwerch-feller-schütternde Wiße und der dicke Norbert wollte sich tot-lachen.

Die dritte Flasche kam und Herr Norbert sah optimistisch in die Zukunft. Bei der vierten Flasche glaubte er, daß er seinen Umsatz in diesem Jahre verdoppeln könnte und bei der fünften Flasche begann Robert eifrig die Bestellung in sein Auftragsbuch zu schreiben.

„Sternpichel!“ sagte Suse vor der Norbertschen Weinhandlung. „Es hat eben 9 Uhr geschlagen! Dieser Norbert scheint mir ein rechter Langschläfer zu sein! Er sollte sich nun endlich herdscheren. Wissen möchte ich ja nun noch, wo der Lüdersche Wagen geblieben ist. Gibt es hier noch eine Weinhandlung in dem Städtchen?“

Sternpichel waren die Beine eingeschlafen von dem langen Stehen. Er hüpfte wie ein Storch herum und verneinte. „Es ist möglich“, sagte er dann, „daß Lüders eingeschlagen hat, daß es besser für ihn ist, wenn er später kommt, da wir ja vor ihm in die Stadt gekommen sind. Ich denke mir, er wird mit seinem Kellermeister irgendwo frühstücken.“

„Frühstücken!“ Das Wort elektrifizierte Suse. „Sternpichel“, sagte sie, „ich habe einen mächtigen Hunger. Wenn wir nur erst hier fertig wären und unseren Auftrag hätten.“

„Meine Tante“, verfehte Sternpichel beschreiben, „hatte mir kürzlich ein Stullenpaket zurecht gemacht. Wenn ich Ihnen...“

„Ihre Tante ist ein Engel!“ rief Suse und sprang wieder aus dem Wagen. „Her mit den Stullen! Wollen wir erst mal füttern bis dieses Murmelstier von einem Norbert endlich geruht, seinen Laden zu öffnen!“

Suse setzte sich auf das Trittbrett des Wagens und Sternpichel folgte ihrem Beispiel. Dann packte er die Stullen aus und die beiden gingen unbekümmert mit essen an. Nichts wichtige.

Bei dieser Tätigkeit traf sie der dicke Norbert an, der, nachdem er mit Robert abgeschlossen und seinen Wagen in die Garage abgeschafft hatte, nun leicht beschwingt an seinem Laden anlangte. „Guten Morgen!“ sagte er vergnügt. „Nun, schmacks!“

„Danke!“ sagte Suse kauend, und Sternpichel, der Norbert bereits einmal gesehen hatte, stieß sie verzweifelt an. „Unterlassen Sie Ihre Vertraulichkeiten, Sternpichel!“ sagte sie verständnislos. Dann wandte er sich wieder an den schmunzelnden Robert.

„Hören Sie mal, Sie lieber, netter Onkel“, begann sie immer noch kauend, „können Sie mir vielleicht sagen, ob der Besitzer dieses Ladens hier den Winterschlaf hält? Es geht jetzt bereits auf halb zehn Uhr und keine Menschenseele läßt sich blicken.“

„Hühüh!“ meckerte Norbert erheitert. „Wenn Sie gestatten, schönes Fräulein: ich bin dieser Winterschläfer. Willibald Norbert!“

„Ach du meine Güte!“ plätschte Suse heraus. „Entschuldigen Sie vielmals!“ Norbert erhielt diese junge hübsche Dame. Er schwenkte lachend den Hut.

„Bitte, bitte!“ sagte er aufgeräumt. „Darf ich Sie fragen, mein schönes Fräulein, ob Sie vielleicht die Absicht haben, einige Flaschen Wein von mir zu erstehen?“

„Das nun eigentlich nicht!“ sagte Suse ebenfalls lachend. „Ich will Ihnen nämlich im Gegenteil ein paar Fuder Wein verkaufen. Suse Baderbeck ist mein Name, vom Baderbedschen Weingut!“

(Fortsetzung folgt).

Der bereits vor über einem Jahrzehnt seine nationalsozialistische Gesinnung offen zu bekennen. Als erster Geschäftsmann in Nürnberg hielt er die Falkenkreuzfahne und scheute sich nicht, sich den blinden Haß des Marxismus anzuschließen. Von Kommunisten wurden ihm nicht nur in den Jahren des Kampfes wiederholt die Schaufenster seines Geschäftes eingeschlagen, sondern auch sein Geschäft regelrecht boykottiert. Aber unerschütterlich blieb Josef Heinrich in seiner Treue zu Führer und Bewegung. Gleich nach der Neugründung der NSDAP, im Jahre 1925 stand er wieder in der vordersten Reihe des Kampfes um das Frankenland. Trotz der schweren wirtschaftlichen Schäden, die er durch sein offenes Bekenntnis zur NSDAP erlitt, hatte er immer eine hilfreiche Hand und hat geholfen, wo er nur konnte. So hat Heinrich einst den ersten SA-Spielmannszug Nürnberg vollkommen eingeleitet und ist auch sonst mit Tat- und Opferbereitschaft als Vorbild den fränkischen Mitgliedern der NSDAP vorangegangen. Der Führer hat ihn im Laufe der Jahre bei Besuchen in Nürnberg des öfteren aufgesucht.

### Die Verpflichtung der Vertrauensmänner am 1. Mai

Berlin, 25. April. Amtlich wird mitgeteilt: In der Öffentlichkeit sind Zweifel darüber entstanden, ob die Vertrauensmänner der Betriebe am 1. Mai zu verpflichten sind. Die fünfte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 18. April 1934 befragt darüber: „Das Ergebnis kann mit Zustimmung des Treuhänders der Arbeit an dem auf den 1. Mai folgenden Werktag abgelegt werden, wenn infolge der räumlichen Entfernung der Betriebe von dem Ort der allgemeinen Feier des 1. Mai durch eine vorhergehende Betriebsversammlung die Teilnahme der Betriebsangehörigen an der gemeinsamen Feier der Bevölkerung wesentlich erschwert würde.“

### Keine Feststellung von Parteizugehörigkeit usw. durch Unbefugte

Berlin, 25. April. Der Reichsgeschäftsführer gibt laut NSA bekannt: Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß private Verbände und dergleichen nicht befugt sind, durch Fragebogen, Rundschreiben usw. die Parteizugehörigkeit, SA- und SS-Tätigkeit usw. ihrer Mitglieder festzustellen. Begründete Ausnahmefälle bedürfen der besonderen Genehmigung durch die Reichsleitung der NSDAP.

### Sonntagsarbeit am 1. Mai 1934

Berlin, 25. April. Aus Anlaß des 1. Mai hat der Reichsarbeitsminister auch in diesem Jahre die Landesregierungen auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Zeitungsdruckereien die rechtzeitige Fertigstellung einer Morgenausgabe für den 2. Mai durch Zulassung der erforderlichen Sonntagsarbeit am Abend des 1. Mai zu ermöglichen, sowie den Vertrieb und Verkauf von Zeitungen am 1. Mai während des ganzen Tages zuzulassen. Ferner sind die Landesregierungen veranlaßt worden, für die Ausschmückung der Straßen und Gebäude die Herstellung von Grünsmuck in Kranzbindereien, Blumengeschäften und ähnlichen Betrieben sowie den Verkauf in diesen Betrieben und im Straßenhandel während der Morgenstunden des 1. Mai zu gestatten.

### Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt ihr Erscheinen ein

Berlin, 25. April. Die „Berliner Börsenzeitung“ veröffentlicht heute folgende Mitteilung: „Die „Deutsche Tageszeitung“ wird am 30. April d. J. ihr Erscheinen einstellen. Gemäß einer freundschaftlichen Vereinbarung zwischen dem Verlag der „Deutschen Tageszeitung“ und dem Verlag der „Berliner Börsenzeitung“ wird den Bezieher der „Deutschen Tageszeitung“ statt dieser die „Berliner Börsenzeitung“ vom 1. Mai ab auf einen Monat zugestellt werden.“

### Dr. Schacht spricht heute im Rundfunk

#### über die Transferkonferenz

Berlin, 25. April. Die Reichsdelegation teilt mit: Reichsbankpräsident Dr. Schacht spricht am Donnerstag, den 26. April, im deutschen Rundfunk in der Zeit von 20 bis 20.15 Uhr über die Berliner Transferkonferenz.

### Preisverteilung für Jagdprüfung 1934

München, 25. April. Die Fliegerlandesgruppe 10 (Bayer) im Deutschen Luftsportverband hatte die Teilnehmer am diesjährigen Jagdprüfung zur Preisverteilung geladen. Präsident Vörzger gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Heß, der Sieger des Jagdprüfungs, unter den Kameraden weilte, und überreichte ihm dann den Jagdpreis. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, sprach dann über den neuen Geist und den Siegeswillen, der den Führer das neue Deutschland aufbauen helfen ließ.

### Großes Urnenfeld auf der Reichsautobahn entdeckt

München, 25. April. Bei Kilometer 5 der Reichsautobahn München-Landshut, in der Nähe von Unterhaching, ist man bei Erdarbeiten, wie die Münchener Nachrichten melden, auf ein ausgebreitetes Urnenfeld gestoßen. Es handelt sich dabei um Hunderte, die etwa aus dem Jahre 1000 vor Christi stammen. Bis jetzt sind rund 130 Urnen und zahlreiche Beigaben freigelegt worden. Die Beigabeformen, ähneln Urnen haben einen Durchmesser von rund 18 bis 25 Zentimeter und liegen unter einer Erdschicht von etwa 80 Zentimeter. Sie sind zwar nicht mehr ganz, aber die einzelnen Scherben halten in der Form zusammen. Die Beigaben bestehen aus Messern, Ringen, Spiegeln, Schwertern aus Bronze usw.

### Die Londoner Besprechungen

London, 25. April. Der Abrüstungsausschuß des britischen Kabinetts ist am Dienstag abend wieder zu einer Sitzung zusammengetreten. Ueber den Verlauf der Besprechungen zwischen dem italienischen Unterstaatssekretär Suvich, Außenminister Sir John Simon, Großregimentwahrer Eden und anderen hohen Beamten des britischen Auswärtigen Amtes am Dienstag erzählt Reuter, beide Regierungen seien übereinstimmend der Ansicht, daß ein Abrüstungsabkommen auf Grund des britischen Planes infolge der letzten Ereignisse noch in höherem Maße wünschenswert geworden sei. Wie verlautet, verteidigt die italienische Regierung jedoch den Standpunkt, daß man, wenn sich die Annahme des gesamten britischen Planes als unmöglich erweise, auch mit einer bescheidenen Einschränkung der Rüstungen zum Ziele kommen könnte.

Im übrigen, so meldet Reuter weiter, verfolgen die Verhandlungen zwischen Suvich und Sir John Simon nicht den Zweck, zu irgend einem Sonderabkommen zu gelangen, sondern sie dienen einem Meinungsaustausch über die nächste Sitzung der Abrüstungskonferenz und über die Richtlinien, die jedes

Land dabei einzuhalten beabsichtigt. In Anbetracht der ständigen Bemühungen beider Regierungen, ein allgemeines Abkommen zu erreichen, rechnet man damit, einen entscheidenden Fortschritt auf dem Wege zum gemeinsamen Ziel werde feststellen können.

### Ribbentrop erklärt

London, 25. April. Der Beauftragte für Abrüstungsfragen, Joachim von Ribbentrop, erklärte einem Reuter-Berichter in einer Unterredung unter anderem, er vertraue darauf, daß trotz vieler Schwierigkeiten der gesunde Menschenverstand sich schließlich durchsetzen und zu einer dauernden Lösung des Abrüstungsproblems führen werde. Sein Ziel sei, den Weg für ein Abrüstungsabkommen zu ebnen, das auf Gleichheit beruht und Europa den Frieden gibt und somit in diesem Teil der Welt das Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens wieder herstellt, das für die Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftslebens so bitter notwendig ist.

Die Lage müsse geklärt werden, aber er glaube, daß in allen Ländern der Gedanke mehr und mehr an Boden gewinnt, daß das ursprüngliche Recht der Selbstverteidigung und der Gleichheit, das jede Nation von Ehre für sich beansprucht, Deutschland nicht verstoßen werden kann.

Aus persönlicher Erfahrung habe er den Eindruck gewonnen, daß beinahe allenthalben der Mann auf der Straße diese Tatsache bereits anerkannt hat. Niemand in der Welt bestreite die Nützlichkeit unserer Forderungen nach Verteilungswaffen. Die maßvollen Forderungen Adolfs Hitlers und der Reichsregierung zeigten auf der einen Seite den unerschütterlichen Willen, das Vaterland zu verteidigen und ihm das Gefühl der Sicherheit zu geben und auf der anderen Seite den Wunsch nach einem wahren Frieden in Europa.

### Deutsche Erklärung über die baltischen Staaten

#### Die Unabhängigkeit bedroht

Moskau, 25. April. Die lettische Telegrammen-Agentur verbreitet folgende Mitteilung: Die deutsche Regierung hat der lettischen Regierung zur Kenntnis gebracht, daß die Regierung der Sowjetunion, um eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu manifestieren, Deutschland den Vorschlag gemacht hat, ein Protokoll zu unterzeichnen, das die Unabhängigkeit und Unantastbarkeit der baltischen Staaten garantiert würde. Die deutsche Regierung finde, daß die Unabhängigkeit und Unantastbarkeit der baltischen Staaten nicht bedroht sei und daß ein solches Protokoll die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion nicht bessern könnte. Deshalb hat sie die Anerkennung der Sowjetregierung abgelehnt. Auch die Sowjetregierung hat ihrerseits die lettische Regierung über ihren Vorschlag und die Ablehnung Deutschlands informiert. Sowie bekannt, haben auch Estland und Finnland ebensolche Mitteilungen erhalten.

### Barthou in Krakau

Paris, 25. April. Der Sonderberichterstatter der Havasagentur berichtet aus Krakau über eine Ansprache, die Außenminister Barthou an die französischen und polnischen Pressevertreter gerichtet hat. Barthou erklärte, er habe von seinem Besuch in Polen einen ausgezeichneten Eindruck erhalten. Ein Bündnis unterjoch niemanden. Jeder der Unterzeichner eines Bündnisvertrages behalte seine Freiheit und seine Arbeitsunabhängigkeit, aber auf Grund eines Bündnisses prüften die vertragsschließenden Teile die Probleme von ihrem Standpunkt aus, der Annäherungen, aber nicht Trennungen vermittelte. Barthou sand dann einige lobende Worte für den polnischen Außenminister Beck, den er vor seiner Reise noch nicht persönlich kannte. Er schloß seine Ausführungen: „Die letzten Tage waren für Polen und für Frankreich gut, gut für ihre Freundschaft, für ihr Bündnis, für ihre Einigkeit und auch gut für den Frieden Europas.“ Keiner, der diesen Frieden aufrichtig wolle, könne aus den französisch-polnischen Verhandlungen Besorgnisse irgend welcher Art ableiten.

### Ein neuer Finanzskandal in Frankreich?

Paris, 25. April. Die Einlagen der in Schwierigkeiten geratenen Genossenschaftsbank betragen nach einer Mitteilung des Finanzministers 345 Millionen Francs. Von diesem Betrag soll nur ein verhältnismäßig geringer Teil zu retten sein. In politischen Kreisen spricht man davon, daß die Untersuchung zur Aufdeckung eines ungeheuren Skandals führen dürfte, in den viele Parlamentarier verwickelt seien und vor allem „Figaro“ zufolge, viele Millionen Einlagen zur Finanzierung sozialistischer Kandidaturen bei den Kammerwahlen von 1932 gebildet haben. Andere Beträge sollen auf Empfehlung linkslebender Politiker in zweifelhaften Unternehmungen angelegt worden sein.

### 377 Häuser in einem südlawischen Dorfe niedergebrannt

Belgrad, 25. April. Wie die „Breme“ berichtet, hat der Brand in Krassow, einem Marktort im Nordwesten Südlawiens, katastrophale Ausmaße angenommen. Das Feuer zerstörte 377 Häuser und vernichtete alle Lebensmittel- und Futtermittelvorräte der Bevölkerung. 33 Feuerwehren aus der näheren und weiteren Umgebung des Ortes hatten an der Bekämpfung des Flammenmeeres teilgenommen. Infolge des starken Windes waren jedoch alle Anstrengungen vergeblich geblieben. Das Rote Kreuz leitete bereits eine Hilfsaktion ein, an der sich auch die Stupitschina und der Senat in Belgrad beteiligten. Der durch das Feuer entstandene Schaden kann zur Zeit noch nicht annähernd abgeschätzt werden. Der Brand wurde durch Kinder verursacht, die mit Streichhölzern gespielt hatten. Auch aus anderen Teilen des Staates werden infolge der ungewöhnlichen Hitze folgenschwere Brände gemeldet. Bei Banja Luka in Bosnien zerstörte das Feuer einen Wald mit 300 000 Stämmen. Bei Ofeg an der Drau brannte ein Tannin-Fabrik nieder.

### Feuersbrunst zerstört ein ganzes Dorf

Kattowitz, 25. April. In dem Dorfe Roscanica, das 3 Kilometer von Saubach in der Wojwodschast Klece liegt, entstand durch Funkenflug aus dem schadhaften Schornstein eines Badofens ein Brand. Infolge des starken Windes setzte sich das Feuer mit rasender Geschwindigkeit fort. In kurzer Zeit stand das ganze Dorf in Flammen. Die inzwischen angerückten 16 Feuerwehren konnten nur noch wenige Häuser, die vom Brandherd weiter entfernt lagen, schützen. Den Flammen fielen 72 Anwesen mit dem gesamten lebenden und toten Inventar zum Opfer. Etwa 500 Einwohner sind obdachlos. Soweit bisher bekannt, sind vier Personen, die versuchten aus den brennenden Häusern ihr Hab und Gut zu retten, ums Leben gekommen. Mehrere Feuerwehrlente wurden hier bei den Vörsarbeiten zum Teil schwer verletzt. Der angerichtete Schaden läßt sich zur Zeit nicht überschätzen. Er wird auf mehr als 200 000 Zloty geschätzt. Der Brand wütete 10 Stunden lang. Die Aufräumungsarbeiten sind eingeleitet.

### Chinesische Protestnote an Japan

Schanghai, 25. April. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, hat die chinesische Regierung der japanischen Gesandtschaft eine Note zugestellt. Die chinesische Regierung bezieht sich mit der Stellungnahme Chinas zu der japanischen Erklärung vom 8. April 1934 und betont, die chinesische Regierung lehne über den Inhalt jede Aussprache ab, da unter diesen Umständen eine Verständigung zwischen China und Japan völlig unmöglich sei. Die chinesische Note verwahrt sich besonders gegen die Politik der japanischen Regierung, die darauf hinauslaufe, eine sogenannte „Polizeikontrolle“ über die chinesische Republik zu verhängen.

### Staatsbegräbnis für Kemal Sami Pascha

Stambul, 25. April. Der verstorbene türkische Botschafter in Berlin, General Kemal Eddin Sami Pascha, ist am Mittwoch in einem feierlichen Staatsbegräbnis zur letzten Ruhe geleitet worden. Nach Gebeten bewegte sich durch die von Menschenmengen dicht umschmückten Straßen Stambuls ein gewaltiger Trauerzug, in dessen Geolge sich auch der deutsche Botschafter von Rosenbergs, das Personal der Botschaft und des Generalkonsulats, eine 31 Mann starke Abteilung der Ortsgruppe Stambul der NSDAP, und zahlreiche Angehörige der Deutschen Kolonie befanden. Dem auf einer Lafette geführten und von der türkischen Flagge bedeckten Sarg folgten die gesamte Generallität, die Admirale, hunderte von Angehörigen des Offizierskorps, Abteilungen der einzelnen Waffengattungen und Abordnungen der Kriegsinvaliden. Der Sarg wurde dann zu Schiff über das Goldene Horn zum Ehrenfriedhof Caux überführt, wo die Beisetzung erfolgte.

### lokales

Wittbad, 26. April 1934.

Die Feier des 1. Mai. Nach einer Bekanntmachung des Staatsministeriums wegen der Feier des 1. Mai sind der Anordnung des Reichsministers des Innern entsprechend am 1. Mai sämtliche Dienstgebäude des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie die Gebäude der Körperschaften des öffentlichen Rechts und der öffentlichen Schulen zu beslaggen. Die Dienstgebäude sind mit frischem Birkengrün oder sonstigem Grün, beim Fehlen von Laubgehölzen mit grünen Nadelholzweigen zu schmücken. Es genügt eine einfache Ausschmückung, die ohne besonderen Kostenaufwand hergestellt werden kann. Das zur Ausschmückung erforderliche Grün wird auf Anfordern von den zuständigen Forstämtern nach der ihnen erteilten Anweisung gegen Ertrag der Gewinnungs- und Beisetzkosten geliefert.

Ein Erlass des Kultusministers über die Teilnahme der Schüler an der Feier des 1. Mai bestimmt: Der Feiertag des schaffenden deutschen Volkes, der Tag der Arbeit, wird am 1. Mai feierlich begangen. An diesem Fest der Volksgemeinschaft soll die Jugend starken Anteil haben. Sie wird darum den Maibaum in allen Städten und Dörfern feierlich einholen und aufstellen. Sie wird Schulfeiern abhalten, denn auch die Schule steht in der Arbeit des Aufbaues der Nation. Und sie wird schließlich in innerer Verbundenheit an der Feier der Erwachsenen teilnehmen, deren Werk sie einst aufnehmen und fortführen will. Darum wird verordnet: 1. An der feierlichen Einholung und Aufrichtung des Maibaumes nehmen die Schüler in ihren HJ-Gliederungen teil. Die Durchführung liegt bei der HJ-Führung. 2. Am 1. Mai hält die gesamte Schulljugend mit ihren Lehrern beim Maibaum eine Feier ab, bei der die Jugendumgebung in Berliner Luftgärten übertragen wird und im Mittelpunkt steht. Diese Rundgebung beginnt um 9 Uhr. Die Schüler und Schülerinnen sind um 8.45 Uhr auf dem Festplatz versammelt. Einleitend spricht der Schulleiter oder ein von ihm bestimmter Lehrer über die Bedeutung des Tages und erläutert die bevorstehende Uebertragung des Staatsaktes. 3. An den übrigen Veranstaltungen des 1. Mai nehmen die Schüler nach Lage der Verhältnisse teil.

— Eine Sonderpostkarte zum 1. Mai. Die Deutsche Reichspost gibt zum nationalen Feiertag des deutschen Volkes am 1. Mai eine besondere Postkarte zu 6 Pf. heraus. Die Postkarte zeigt auf ihrer Vorderseite ein Bild, das einen Arbeiter mit dem Hammer und im Hintergrund die unter der wehenden Falkenkreuzfahne ausmarchierende Arbeiterschaft darstellt. Die Postkarten beginnen mit dem Verkauf der Karten, die in beschränkter Zahl hergestellt werden, am 30. April. Die Karten können mit den erforderlichen Zusatzmarken auch nach dem Ausland benützt werden.

### Württemberg

Stuttgart, 25. April. (Kommissarischer Vort.) Der Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden der Handelskammer Stuttgart und des Württ. Industrie- und Handelstags hat das Wirtschaftsministerium veranlaßt, den Präsidenten der Handelskammer Rottweil, Fabrikant Fritz Kiehn, MdL, in Trossingen zum kommissarischen Vorsitzenden der Handelskammer Stuttgart und des Württ. Industrie- und Handelstags zu bestellen.

Ehlingen, 25. April. (Betriebsunfall.) Am Dienstag ereignete sich im hiesigen Reichsbahnausbesserungswerk ein schwerer Betriebsunfall. Durch einen herabstürzenden elektrischen Laufkran wurde ein an ihm beschäftigter 29 Jahre alter Schlosser so schwer verletzt, daß er unmittelbar nach seiner Verbringung in das Stadt. Krankenhaus verstarb.

Kedartailfingen, Olt. Nürtingen, 25. April (Ueberr.) Der von Tishardt gebürtige und in Nürtingen verheiratete Arbeiter Julius Fischer war als Bahnarbeiter damit beschäftigt, mittels eines Kompressors ein Fahrleitungsmastenloch zu machen. Wegen Benzinmangels des Motors begab er sich zur Tankstelle, wo er auf dem Gleis dem von Kedartailfingen herkommenden Güterzug begegnete, dem er auswich, indem er sich auf das andere Gleis begab. Im selben Augenblick kam der von Pempffingen kommende Personenzug herangefahren, überfuhr Fischer, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Keutlingen, 25. April. (Mangel an Arbeitskräften.) Die Arbeiten am Straßenbau Münchingen-Lichtenstein schreiten flott voran. Der Kreis Münchingen hat seine Arbeitslosen beinahe reiflos in den Arbeitsprozeß wieder einschalten können. Aber immer erneut werden Arbeiter angefordert, um die Straße zum geplanten Termin fertigstellen zu können. Am Montag soll ein zweiter Schub Arbeitsloser eingelegt werden. Ingesamt werden noch 300 Mann benötigt. Das Arbeitsamt Keutlingen ist aber bei weitem nicht in der Lage, dieser Anforderung an Arbeitskräfte nachzukommen.

Ehhausen, Olt. Ragold, 25. April (Ertrenken.) Am Dienstag abend wurde das 6 Jahre alte Söhnchen Paul des Fabrikanten Walter Schickhardt, das jüngste von 4 Kin-

bern, das sich am Einlaufkanal der Schichardschen Fabrik damit vergnügt hatte, Steine ins Wasser zu werfen, von den Angehörigen vernicht und tot am Rechen des Werks vorgefunden.

**Niedlingen, 25. April.** (Die Ratten am Mostfaß.) In einem Landort des Seebzirks wurde ein Bauer auf eine ganz leitene Art schwer geschädigt. Er hatte in seiner vom Wohnhaus entfernt liegenden Scheuer ein Mostfaß mit 1300 Litern gutem Most eingelagert. In der ruhigen Winterzeit machten sich Ratten an das Faß, bohrten es an und fraßen ein Stück Holz heraus. Als der Bauer nach dem Most dieser Tage sehen und das Faß anstecken wollte, war der ganze Inhalt davongelaufen. Bei 1300 Litern schon ein ganz beträchtlicher Schaden.

**Laichingen, 25. April.** (Drei Scheunen abgebrannt.) Am Dienstagabend brach in den Scheunen der Landwirte Häberle, Sautter und Herrmann auf unbefante Weise Feuer aus. Die drei Scheunen wurden in kurzer Zeit fast vollständig eingeäschert. Die Feuerwehr von Laichingen konnte ein Uebergreifen auf die Wohngebäude verhindern.

**Wönried, Ob Saugan, 25. April.** (Nied- und Waldbrand.) In der Nähe von Bruggen, Gde. Wolpertswende, brach ein Niedbrand aus. Durch den herrschenden Südwestwind wurde Blut in die hart danebenliegenden Streuwiesen geweht, die bei der Trockenheit alsbald Feuer fingen. Mit rasender Geschwindigkeit breitete sich das Feuer aus und hatte bereits schon die herzoglichen Waldungen im Dolpenried ergriffen. Die abgebrannte bzw. ausgebrannte Fläche, die größtenteils dem Staat gehört, beträgt immerhin 6-8 Morgen.

**Ulm, 25. April.** (Kriegsopfertreffen.) Anlässlich der Bezirksobmannertagung der NSKB in Berlin wurde bekanntgegeben, daß in diesem Jahre 14 große Kriegsopfertreffen stattfinden. U. a. wurde bestimmt, daß das Treffen der schwäbischen Kriegsopfer für Württemberg, Hohenzollern und den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg (Bayern) am 23. September in Ulm stattfindet.

### Der Sängertreff in Heilbronn

**Heilbronn, 25. April.** Die nun endgültig zum Abschluß gekommene Liste derjenigen Vereine des Schwäbischen Sängerbundes, die sich am Allgemeinen 33. Liedertag in Heilbronn (27. bis 30. Juli) zum Wertungsingen (früher Preislingen genannt) gemeldet haben, zeigt durch die verhältnismäßig große Anzahl der sich beteiligenden Vereine (268), der ausgewählten Chöre und dem damit betonten starken Willen höchster Lei-

## Heraus zur deutschen Maifeier!

itungsfähigkeit aus neue die tiefe, umfassende Liebe der Pflege des deutschen Liedes in unserem engeren Vaterland und die erneute Befestigung seines Rufes als das „junges stolze Schwaben“. 105 Vereine treten in Abteilung 1, einfacher Volksgefang, auf den Plan des Wettbewerbs, 93 im gehobenen Volksgefang, 51 im einfachen Kunstgefang und 16 im erschwerten Kunstgefang, eine für jede Stufe geltend bisher noch nie erreichte Zahl der Wettbewerben. Für die Abteilung 5, „Ehrengesang“ hat sich Württembergs zahlenmäßig größter Gesangsverein, der wegen Zuerkennung eines 1. Preises im erschwerten Kunstgefang aus dem Wettbewerb ohnehin ausgeschieden hat, der „Viederkranz“ Stuttgart, angeführt mit einem neuen Chor „Feier der neuen Front“ von Trunk dem Chorleiter des Kölner Männergesangsvereins.

### Aus dem Gerichtssaal

#### Sieben Jahre Zuchthaus wegen Tötung des eigenen Kindes

**Heilbronn, 25. April.** Vor dem Schwurgericht Heilbronn kam ein schreckliches Verbrechen zur Verhandlung. Die Angeklagten waren das Ehepaar Friedrich und Anna Drehsner aus Hall, 28 und 23 Jahre alt, er 19mal wegen verschiedener Vergehen, sie wegen Bettels vorbestraft. Anfang dieses Jahres wurde das Kind Bernhard der Angeklagten in einem geradezu besammernswerten Zustand in das Krankenhaus Hall eingeliefert, wo es gestorben ist. Die Angeklagten haben fünf Kinder, unter denen das verstorbene die Rolle des Prügelknaben spielte, weil es „Bettnässer“ war. Die unmenschlichen Eltern glaubten durch bestialische Züchtigungen und Nahrungsentzug die Krankheit des armen Geschöpfes „heilen“ zu können. Im Juni 1931 wurde der zwölfjährige Bernhard in stark unterernährtem Zustande in ein Kinderheim eingeliefert. Als gutgenährter und aufgeweckter Junge wurde er im August 1933 wieder aus der Anstalt entlassen. Die Mutter und besonders der Vater, der im November 1933 wegen Kindesmißhandlung auch zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, setzten ihre alte Behandlung aber fort und erreichten damit, daß das Kind sehr bald wieder völlig heruntergekommen war. Mit einem Vattenstück, durch Untertauchen des Kopfes in einen Eimer Wasser und durch fast gänzlichen Nahrungsentzug traktierten sie das arme Geschöpf. Die Zeugenvernehmung ergab ein erschütterndes Bild menschlicher Verrohung und des martervollen Leidens dieses Kindes. Das Urteil lautete gegen Friedrich Drehsner auf sieben Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust wegen Körperverletzung mit Todesfolge, gegen Anna Drehsner wegen Verletzung des Erziehungsrechts auf ein Jahr Gefängnis.



### Ein neuer Kampf!

Der N. S. Volkswohlfahrt ist nach Abwicklung des Winterhilfswerkes „Kampf gegen Hunger und Kälte“ das Hilfswerk „Mutter und Kind“ übertragen worden. Das „Amt für Volkswohlfahrt“ bei der Obersten Leitung der politischen Organisation der NSDAP, so lautet jetzt der offizielle Name der N. S. V., hat aber den Rahmen seiner Betätigung im Dienste des gesamten Volkes noch erheblich weitergespannt und unter dem Sammelbegriff „Schadensverhütung“ eine Sonderabteilung für eine neue großartige Aufklärungsarbeit eingeleitet.

Auf allen Gebieten der Volksgesundheit und der Volkswirtschaft, in denen dem einzelnen Volksgenossen und der Volksgemeinschaft irgendwelche Gefahren und Schäden drohen, wird eine systematische und zielbewusste Erziehungsarbeit einleiten. Unterordnung der Einzelpersonlichkeit unter Notwendigkeiten und Zielsetzungen der Volksgemeinschaft ist Nationalsozialismus. In diesem Sinne ruft das Amt für Volkswohlfahrt bei der Obersten Leitung der N. S. V. zu Befolgung und Disziplin auf: **Schadensverhütung ist Pflicht!**

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Postblatt, Wildbad i. Schwarzwald (Inn. T. Gde.) Nr. 3, 34, 786.

### Beste Qualität

- Rablau
- Filets
- Schellfisch
- Rotzungen
- Forellen

### Wd. Blumenthal

Telefon 264.

### NSU - Motorräder

bis 200 ccm steuerfrei, einschl. Beleuchtung, kauft man schon für **460 Mark** bei

### Karl Tubach jun.

Telephon 437

### Glücklich ist

wer seine Holz- und Linoleumböden mit dem Enzollin-Fluid reinigt. Er reinigt mühelos und gibt dem Boden Nahrung. Das Liter kostet RM. 0.80 in der **Eberhard-Drogerie.**

### Wohnung

von 3 Zimmern mit Zubehör auf 1. Mai zu vermieten. Haus Weber.

### Bergebung von Bauarbeiten.

Für den Neubau einer Trink- und Wandelhalle in Wildbad werden die **Ralerarbeiten** nach dem Einzelpreisverfahren auf Grund der Verdingungsordnung für Bauleistungen n. B. O. B. Din 1900 und 1976 zur öffentlichen Bewerbung ausgeschrieben (Kostenleistung vorbehalten).

Die Verdingungsunterlagen können vom 27. Ap. II bis 8. Mai 1934 während der Dienststunden auf dem Büro der Baubinspektion in Wildbad eingesehen werden. Die Leistungsverzeichnisse sind von der Baubinspektion Wildbad kostenlos zu beziehen.

Die Angebote sind unterschrieben, versiegelt, portofrei und als solche gekennzeichnet bis spätestens

**Mittwoch, den 9. Mai 1934, vormittags 11 Uhr**

bei der staatl. Baubinspektion einzureichen, wo zu dieser Zeit die Eröffnung stattfindet, der die Bieter anwohnen können.

Der Zuschlag wird spätestens am 19. Mai 1934 erteilt.

Wildbad, den 27. April 1934. Staatl. Baudverwaltung.

### schöne Saat- und Speisekartoffeln

zu haben.

Karl Tubach sen. - Tel. 262.

### KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM



Zigaretten rein orientischer Tabak, mit Gold, Kork oder ohne Mundstück in Blechpackung daher frisch und aromatisch

10 Stück -25

### Wildbader und Neuenbürger Musikschule.

Sonntag den 29. April 1934, findet im großen Saal des Hotel „Schwarzwaldhof“ in Wildbad nachmittags 4 Uhr das diesjährige

### Schüler-Vorspiel

statt. Ausgeführt von Schülerinnen u. Schülern von Wildbad, Neuenbürg und Calmbach. Jedermann, der für berufs- und fachmännische Musikerziehung Interesse hat, ist höflichst eingeladen.

### Ernst Müller

Musikdirektor.

Eintritt frei! Eintritt frei!

(Programm 50 Pfg. Der Gesamtertrag geht kostenlos an die Volkswohlfahrt!)

Werdet Mitglied der NS-Volkswohlfahrt!



- 1 Pfd. Hartgriech-Maccaroni
- 1 Hartgriech-Sörnchen
- 1 Hartgriech-Nudeln

- 1 Pfd. Malzstoffee
- 1 Weizenmehl
- 1 weiße Bohnen
- 1 Linsen
- 1 Voll-Reis

- 1 Apfelmost Liter 28 ¢
- 1 Bernerwein „ 65 ¢
- 1 Butter Pfd. 1.28
- 1 Speise-Öffig Liter 30 ¢

... und 3% Rabatt

Otto Bof, Niederlage von **Thams & Garfs** Hamburger Kaffee-Lager

### Deutsche Arbeitsfrontmützen sowie Abzeichen

Karl Rometsch.

### Wir sind immer preiswert!

- Limburger 20% Fett i. F. . . . . 1/4 Pfd. **9 ¢**
- bei ganzer Stange Pfd. **34 ¢**
- Romadur 30% Fett i. F. . . . . Salz **25 ¢**
- Salatöl offen . . . . . 1/4 Liter **30 ¢** und **25 ¢**
- Allerfeinstes Tafelöl in Flaschen Fl. **70 ¢** u. **60 ¢**
- Suppenreis (groß. Bruchreis) . . . . . Pfd. **14 ¢**
- Japan-Vollreis . . . . . **18 ¢**
- Hartgriech-Sörnchen leicht gefärbt . . . . . Pfd. **35 ¢**
- „ Nudeln . . . . . **35 ¢**
- „ Spaghetti . . . . . **37 ¢**
- Kaff. Milchobst . . . . . Pfd. **60 ¢** und **40 ¢**
- Kaff. Dampfäpfel . . . . . Pfd. **50 ¢**
- Aprikosen . . . . . Pfd. **60 ¢** und **40 ¢**

... und 3% Rabatt

### PFANNKUCH

### Stadt Wildbad.

### Abgabe von Tannenreisig zum 1. Mai.

Die Stadt gibt an die Einwohnerschaft zum Schmücken der Häuser Tannenreisig ab. Die Abgabe erfolgt

### ab Freitag, den 27. April 1934 nachmittags.

Gärtner und größere Betriebe können nicht berücksichtigt werden. Bei rechtzeitiger Bestellung wird letzteren vom Staatl. Forstamt zu angemessenem Preis Reisig zugewiesen. Anmeldungen sind direkt an das Staatl. Forstamt Wildbad Olgastraße zu richten.

Bürgermeisteramt.

Bei unserem Wegzug allen lieben Freunden und Bekannten

ein herzliches Lebewohl!

Oberlandäcker Hörmann und Frau.

### Dr. Grunow von der Reise zurück

Sprechstunden: 10-12 und 3-5 Uhr

### Frisch einaetroffen:

- Stangen-Spargel 7 48 ¢
- Spinat 7 14 ¢
- Rhabarber 7 14 ¢
- Radieschen groß Bund 10 ¢
- Blut-Orangen 7 20 ¢
- Südgelbe Bananen 7 28 ¢
- Blond-Orangen 7 15 ¢

sehr saftig und süß Tafel-Äpfel 1. Sorte Pfd. 30 ¢

### Einlege-Eier

schwere, frische Ware 100 Stück **8.50** Frische Tafel-Butter 1.45

### LUGER

Alte Holzböden werden wie neu mit

### Loba-Beize

der Wasserechten! Sind nachher kinderleicht aufzuwischen und nachzubohren. Freundliche Farben, samtartiger Glanz macht eine behagl. Wohnung. Teufelst, glättelst!

### LUGER

### Pfaff-Nähmaschinen

Anerkannt best. deutsches Fabrikat Sticken, Stopfen, Nähen vor- und rückwärts empfiehlt

bei bequemer Ratenzahlung

Karl Tubach jun. Telephon 437